

STADT OHNE WOHNRAUM IST WIE STRAND OHNE KORB

Die Wohnungspolitik: unbekannt verzogen.

Der Mangel an Wohnraum in Schleswig-Holstein ist so groß wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Im gesamten Land fehlen mittlerweile bezahlbare Wohnungen. Laut Bevölkerungsprognose brauchen wir bis 2045 in Schleswig-Holstein 160.000 Wohnungen zusätzlich. **Der Mieterverband geht davon aus, dass sogar bereits heute 100.000 Wohnungen fehlen.** Selbst Menschen mit mittleren Einkommen haben inzwischen große Probleme, zu einem angemessenen Preis eine Wohnung zu finden.

Besonders prekär ist die Lage für Einkommensschwache. Die Günther-Regierung versprach im Koalitionsvertrag den Bau von 15.000 neuen Wohnungen pro Jahr. Von diesem Ziel hat sie sich aber längst verabschiedet und hinkt ihm schon jetzt jedes Jahr um tausende Wohnungen hinterher. **Die Zahl der Baugenehmigungen bricht dramatisch ein – allein 2023 um 30 %.** Im sozialen Wohnungsbau kann gerade so Status Quo von etwa 46.000 Wohnungen gehalten werden. Wir bräuchten aber

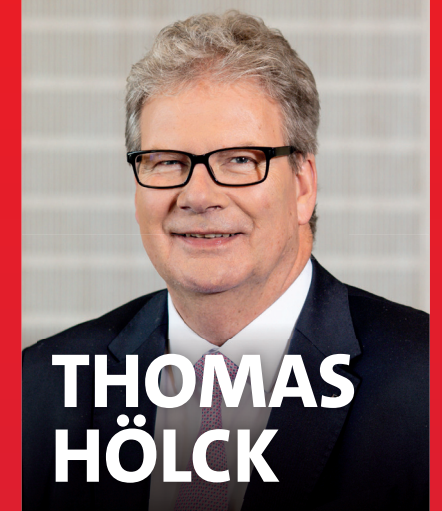
wesentlich mehr. Da braucht sich auch keiner zu wundern, dass die Zahl der Wohnungslosen immer weiter steigt.

Nirgendwo sonst in Deutschland müssen Mieterinnen und Mieter einen so hohen Prozentsatz ihres Einkommens für die Miete aufwenden wie in Schleswig-Holstein. Die Bildung von Vermögen und die soziale Teilhabe werden dadurch massiv erschwert.

JETZT INFO-
FILM SEHEN!



LINK
FEHLT



THOMAS
HÖLCK

Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass Wohnen immer mehr zur Existenzfrage und Gefahr für den sozialen Zusammenhalt wird. Es muss eine ganze Reihe von Hebeln bewegt werden, um dem Mangel an Wohnraum zu begegnen und Mietsteigerungen zu begrenzen. **Eines unserer wichtigsten Vorhaben ist, eine landeseigene Wohnungsgesellschaft zu gründen.** Das Land muss selbst tätig werden, wo der Markt versagt. Ziel ist, dass mindestens 10 % aller Mietwohnungen sozial gebunden sind. Das wären rund 84.000 – fast doppelt so viele wie zurzeit. Die Günther-Regierung kann den Mietwahnsinn heute beenden, wenn sie **die Mietpreisbremse wieder einführt**, die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum begrenzt und Eigenbedarfskündigungen erst zehn Jahre nach Erwerb ermöglicht. All das hat die Günther-Regierung rigoros abgelehnt. Wege gäbe es viele – bloß der Wille fehlt.

EINIGE UNSERER MASSNAHMEN:

- » Antrag zur Absenkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen auf 11 %
- » Antrag zur Regulierung der Umwandlung von Mietwohnraum in Wohneigentum
- » Antrag zur Einführung der Mietpreisbremse
- » Antrag zur Deckelung von Indexmieten
- » Antrag zur Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung der Herausforderungen des Wohnungsmarktes
- » Antrag zur Einführung der „Gebäudeklasse E“
- » Gesetzentwurf für ein Wohnraumschutzgesetz